

9. Freisinger Jagdgespräch 2002

Das Freisinger Jagdgespräch fand am 18. Oktober 2002 in Mauern statt. Trotz nahezu Vollmond und Schwarzwildproblematik war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so freute sich Dr. Eckhard Zeltner seinen Begrüßungsworten. Er gab einen kurzen Abriss über die zu erwartende Problematik bezüglich des Jagdrechts mit der politisch angestrebten Novellierung des Bundesjagdgesetzes.



in

So war das Thema

Die Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden - Wie sieht die Zukunft aus?

hoch aktuell gewählt und die Diskussionsrunde entsprechend hochkarätig mit den Referenten

- ➔ **Prof. Dr. Jürgen Vocke** (Präsident des Landesjagdverbandes Bayern),
- ➔ **Dr. Paul Leonhardt** (Ltd. Min.-Rat a.D., ehemaliger Leiter der Obersten Jagdbehörde Bayern),
- ➔ **Max Weichenrieder** (Präsident des Bayerischen Bauernverbands Bezirksverband Oberbayern MdL),
- ➔ **Georg Sellmair** (Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbands Kreisverband Freising),
- ➔ **Prof. Dr. Lothar Zettler** (Vorsitzender des Ausschusses: Naturschutz und Landschaftspflege des Landesjagdverbandes Bayern) und
- ➔ **Dr. Eckhard Zeltner** als Diskussionsleiter.



Prof. Dr. Jürgen Vocke betonte, dass keiner der Naturnutzer das Jagdrecht auf die leichte Schulter nehmen dürfe und es müsse gemeinsam über die Zukunft der Jagd nachgedacht werden. Dabei gebe es einerseits die direkt Beteiligten, wie die Jäger, Jagdpächter, Jagdgenossen, Landwirte und Waldbauern, die aus Erfahrung und Sachkunde wüssten, um was es wirklich gehe. Andererseits gebe es die Theoretiker und Reformer, die über sach- und fachfremde Bereiche ideologische Entscheidungen herbeiführen wollen. So seien die Verbisszahlen bayernweit stetig gesunken. Sogar der Leittriebverbiss bei der Gebirgstanne liege nur noch bei 10 %. Eine Zurücknahme der Abschusszahlen sei aber bisher nicht durchzusetzen gewesen.

Es bestünden Bestrebungen beim Europäischen Gerichtshof, die Duldungspflicht zur Jagdausübung auf dem eigenen Grund und Boden zu unterlaufen. Folge sei, dass jeder Grundeigentümer individuell die Jagdausübung auf seinem Grund untersagen könne. Dies bedeute aber das Ende aller Jagd.

Die Verkürzung der Jagdzeit auf nur 12 Wochen im Jahr sei ebenso wirklichkeitsfremd wie die vollständige Herausnahme des gesamten



Federwilds aus der Bejagung. Mit zunehmenden Schäden sei dann zu rechnen. Schalenwild solle dagegen nahezu ausgerottet werden.

Dies alles führe zwangsläufig zu einer massiven Entwertung der Jagdreviere und einer Aushebelung des Jagdrechts. Das sei gleichzusetzen mit einer kalten Enteignung der Grundeigentümer. Eindringlich appellierte Vocke an alle beteiligten Naturnutzer, sich zu solidarisieren im Kampf gegen die geplanten Maßnahmen.



Dr. Paul Leonhardt gab einen geschichtlichen Überblick bezüglich des Jagdrechts. Ein altes germanisches Recht sei es, die Jagd auf dem eigenen Land auszuüben. Seit 1848 durfte jeder auf seinem Grund jagen. Das führte aber zu unkontrollierbaren Abschüssen mit einer massiven Dezimierung des Wilds. 1907 kam dann die Preußische Jagdordnung mit dem Prinzip der Jagdgenossenschaften. Später wurde die Preußische Jagdordnung abgelöst durch das Reichsjagdgesetz und schließlich durch das Bundesjagdgesetz. Den beiden letztgenannten zugrunde liege das Revierjagdprinzip, um das uns die ganze Welt beneide. So sei auch eine vernünftige Bejagung gewährleistet.

Grundpfeiler des gültigen Deutschen Jagdrechts seien die Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden und die Pflicht zur Hege. Eindeutig plädierte Leonhardt für die Beibehaltung dieser Prinzipien.

Georg Sellmair beschrieb die Reversituation im Landkreis Freising. Seit 1998 sei eine Arbeitsgemeinschaft der Jagdreviere gegründet worden. Diese diskutiere intensiv über die Abschussplanung beim Schalenwild. Er betonte, daß es oberstes Ziel sei Wald **und** Wild zu erhalten durch einen gezielten und vernünftigen Abschuss. So seien 65 % der Mitglieder für eine Beibehaltung der Abschusszahlen und nur eine verschwindend geringe Minderheit für eine Erhöhung. Auch gebe es Stimmen, die eine Herabsetzung des Abschusses befürworten.



Rotwild in den Isarauen müsse in jedem Fall erhalten werden. Einzig Sorge gebe es mit dem Schwarzwild. Er betonte, dass sich das Bundesjagdgesetz mit der Verankerung des Jagdrechts beim Grundeigentümer bisher bestens bewährt habe und das solle auch so bleiben. Falls hier Änderungen angestrebt werden sollten, seien er und seine Leute bei einem Gang nach Berlin dabei.



Max Weichenrieder stellte überzeugend dar, dass das Bundesjagdgesetz und das Bayerische Jagdgesetz aus der Sicht der Bauern keiner Neuregelung bedürften. Die Jagd stelle ein hohes Kulturgut dar und dieses Kulturgut müsse auf jeden Fall erhalten werden. Die Jagdpachtzahlungen seien zwar ein gewisser Wirtschaftsfaktor, als solcher aber weniger wichtig. Am Grundrecht der Jagd dürfe keinesfalls gerüttelt werden. Mittlerweile sei es den Jägern und den Grundeigentümern als Jagdgenossen wohl bewusst, dass sie auf breiter Front Verbündete in der Bevölkerung bräuchten. Gefordert sei eine intensive und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit in geeigneter

Form seitens der Landwirte und Jäger.

In seinen Augen stehe weiterhin der Grundsatz Wald vor Wild. Trotzdem dürfe aber unser bewährtes Revierjagdsystem nicht auf dem Altar verbohrtter Ideologien geopfert werden.



Prof. Dr. Lothar Zettler entwickelte aus bereits heute fassbarem Zahlenmaterial wenig beruhigende Visionen für das künftige Jagdrecht. So schreite der agrarstrukturelle Wandel immer rasanter voran. 60 bis 70 % der heutigen Landwirte würden in den nächsten 10 bis 20 Jahren aufgeben. Die Konsequenz sei ein immenser Eigentumswechsel. Bereits heute befänden



sich 60 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen nicht mehr im Eigentum der Landwirte. Mit jedem Generationswechsel werde der räumliche und damit auch der geistige Abstand der Eigentümer zu ihrem Grund und Boden größer. Man werde es zunehmend mit Laien zu tun haben ohne Bezug zur Jagd oder Landwirtschaft. In den Versammlungen werden nur noch wenige Landwirte anwesend sein und der Rest der Grundstückseigner durch Abwesenheit glänzen. Das bedeute, daß wenige über viele bestimmen werden.

Die daraus erwachsenden Begehrlichkeiten nach Gesetzesänderungen würden das bewährte Revierjagdsystem mit Salamtaktik zerstören, beschleunigt durch die Änderung der Gesellschaftsstrukturen. Erhöhte Wachsamkeit sei also gefordert. Zettler beklagte, dass 80 % der Jäger jagdpolitisch nicht aktiv seien. Der Rest von 20 % sei hier und in den anderen Belangen der Jagd, wie Umweltschutz, Hege und Biotoppflege zwar aktiv, rede aber viel zu wenig darüber. Das Motto laute: Tue Gutes und rede darüber. So mahnte auch er eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit an.

Zusammenfassend meinte Dr. Eckhard Zeltner, dass sich alle Teilnehmer der Diskussionsrunde eindeutig zur Beibehaltung des bisherigen Revierjagdsystems bekannt haben und keinerlei Anlass sähen, am Bundesjagdgesetz und am Bayerischen Jagdgesetz Änderungen vorzunehmen. Gefragt sei für die Zukunft ein enger Schulterschluss der Grundstückseigner mit ihrem damit verbundenen Jagdrecht innerhalb der Jagdgenossenschaften und der Jägerschaft. Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit müsse weiterhin verstärkt werden.

